

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten ausgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33

Sonnabend, den 13. August 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zugang fernhalten“ in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Baustelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget. stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperri:

Grabsteingeschäft Meiner, Augsburg-Pferrsee. Firma Ruben, Kallberge (Niederndorf). In Stuttgart sämtliche Betriebe. Franz Wolf, Grabsteingeschäft in Paderborn. Die Grabsteingeschäfte Woldt u. Falke in Bittau, Hirsch in Ströhsfelde, Raue in Niederroderwitz, Mühle in Großschönau. Firma Maier, Granitwerkstein im Murgtal. Sieber u. Geisler, Grabsteingeschäft in Billingen.

Streik:

In Offen (Steinwerke Jaminet G. m. b. H., die beteiligten Kollegen sind alle anderweitig untergebracht, der Zugang hat unter allen Umständen zu unterbleiben, zumal für die übrigen Betriebe eine Lohnbewegung eingeleitet wurde). In Hohenleuben (Pflastersteinbetrieb, Firma Krebs), Erfurt (Steinmetzen und Marmorarbeiter), in Breslau, Lauterbach (Pfalz). In Nürnberg (Marmorarbeiter). In Ufersmühle (Bruchbetriebe von Brücher und Ufer).

Zugang ist ferngehalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach Pöckel, Saalfeld, Rudolstadt und Umgebung, Naumburg, Sa. Horn. Ebersdacher Sandsteingebiet, Ostfriesland und Pappenburg. Dna-brück, Serbede i. W., Königsberg i. Pr., Bremen (Sandstein und Marmor), Reichenbach i. W. (Steinbildhauerei Heilmann), Grefeld, Bennigsen b. Hannover. Eberbach und Umgebung in Baden.

Erledigte Bewegungen.

Schotter- und Pflastersteinarbeiter in der Pfalz. Der Schlichtungsausschuß in Kaiserslautern fällt nachstehenden Schiedsspruch:

„Die Arbeiter mit einem Stundenlohn bis zu 5 M. erhalten mit Wirkung vom 1. Juli 1921 eine Lohnzulage von 8 Prozent und diejenigen Arbeiter mit einem Stundenverdienst von über 5 Mark eine solche von 5 Prozent, ausschließlich der sozialen Zulagen, die für jedes Kind und Frau der Verheirateten pro Stunde 20 Pf. beträgt.“

Granitwerksteinindustrie des Schwarzwaldes. Folgende Vereinbarung wurde beiderseits anerkannt: „Auf den bestehenden Affordtarif tritt mit Wirkung vom 1. August 1921 eine Erhöhung der Teuerungszulage von 50 Prozent in Kraft und beträgt damit die Teuerungszulage 410 Prozent. Für die Betriebe in Varnhald und Neumeyer Porphyr liegen die Affordsätze wie früher 10 Prozent unter den Grundpreisen des Tarifes.“

Die bisherigen tariflichen Stundenlöhne der Steinhauer, Spalter und Schmiede werden vom 1. August 1921 um je 60 Pf. erhöht. Die Stundenlöhne der vollwertigen Hilfsarbeiter im Bruchbetriebe und auf Werkplätzen werden um 50 Pf. vom gleichen Termin an erhöht. Die Stundenlöhne der nicht vollwertigen Hilfsarbeiter unterliegen nach wie vor der freien Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat bzw. Betriebsobmann.“

Für die Betriebe des Murgtalgebietes wurde vereinbart: Die Teuerungszulage für Steinhauer, die im Afford beschäftigt sind, wird auf 450 Prozent festgelegt. Sofern Affordsteinhauer im Zeitlohn beschäftigt werden, erhalten sie als Stundenlohn den von ihnen in den letzten vorhergehenden drei Zahlungsperioden verdienten Durchschnittsaffordstundenlohn. Der Stundenlohn für Spalter wird auf 6.50 bis 7 Mark, für Hilfsarbeiter auf 5 bis 6 Mark festgelegt. Diese Lohnhöhung tritt gleichfalls mit Wirkung vom 1. August 1921 in Kraft. (Die Firma Maier im Murgtal weigert sich, vorstehendes zu zahlen. Der Betrieb gilt als gesperri.)

Eine Mahnung.

Die Teuerungswelle steigt; das wichtigste Nahrungsmittel — Brot — erfordert in den nächsten Tagen, im Vergleich zu früheren Jahren, märchenhafte Preise und beeinflusst alle anderen wichtigen und notwendigen Nahrungsmittel ebenfalls im preissteigenden Sinne. Den Lohn- und Gehaltsempfängern bzw. ihren Hausfrauen schmilzt vorzeitig und noch schneller wie sonst der Wirtschaftsbetrag — wie die Margarine in der Sonnenhitze — zusammen und ehe der neue Lohn tag kommt, sind die Papierchen längst davongeflattert. Der Hausfrauen Einteilungsfunkt und Streckungsanstrengungen müssen tatsächlich versagen, wenn von einem Tag auf den andern die Preise sich ändern. Man lebt von der Hand in den Mund, alles ist dauernd leer, abgesehen von den anderen Unzuträglichkeiten. So geht es mit kurzen Unterbrechungen nun schon bald drei Jahre!

Eine volkswirtschaftliche Betrachtung über die Ursachen dieser beängstigenden Wirtschaftslage für den Arbeiter haben wir bei früheren Gelegenheiten schon oft vorgenommen, deshalb reden wir heute nicht darüber; das Uebel wird damit auch nicht geändert! Auch die zahlenmäßigen Unterlagen, die berichtigten Indizes, lassen wir deshalb fehlen. Jeder von uns weiß, was die ewigen Preissteigerungen für die lohnarbeitenden Volkskreise bedeuten! Parasiten, auf deutsch gesagt: Schmarotzer in dem menschlichen Betriebe tun ihr weiteres, um der großen Volksmasse die Lebensmöglichkeit zu verbittern und zu erschweren; Schieber und Wucherer zählen ebenfalls zu den Parasiten und doch fehlt uns als Gesamtheit die Kraft, um mit diesem Geschicht aufzuräumen. Diese Vampire werden durch die internationalen Vorgänge im Zusammenhang mit den Kriegsfolgen für Deutschland begünstigt, ja, direkt gezüchtet und ziehen wieder viele andere, bei denen der Egoismus das Gemeinschaftsinteresse längst erstickt hat, mit in ihren Bann. Der eine Volksgenosse sucht den anderen zu überverteln, sucht sich auf Kosten des andern zu bereichern. Diese Vinsenwahrheit sehen wir bei allen Vorkommnissen im täglichen Leben sich stets aufs neue bestätigend.

Für die Lohn- und Gehaltsempfänger hat das alles die schlimmsten Folgen in ihrer Hauswirtschaft. Schreiber dieses hatte kürzlich den Auftrag, Kinder auszuführen für einen mehrtägigen Ferienaufenthalt. Eine ziemlich Anzahl von Eltern mußte darauf verzichten, weil den Kindern jegliche Wäsche fehlte und alle Möglichkeit, von dem Lohn das Fehlende anzuschaffen. Andere roelle Wege, um das Einkommen zu verbessern, stehen

keinem Arbeiter offen. Nur die Einwirkung auf die Lohnhöhe bleibt! Gelingt es schließlich unter Ueberwindung großer Widerstände, den Lohn zu erhöhen, dann haben die Teuerung und die allzu großen Bedürfnisse im Haushalt die Lohnhöhung längst ausgeglichen! Nach kurzer Pause beginnt dann das aufreibende Spiel von neuem.

Für den Arbeitgeber ist die Teuerungswirkung in seinem Haushalt gewiß auch vorhanden; doch in den meisten Fällen kann er durch sein höheres Einkommen den Ausgleich schaffen. Trotzdem er die Teuerung und die sonstigen damit zusammenhängenden Begleitererscheinungen durch eigene Erfahrung bestätigen kann, sehen wir in der Praxis jedoch meistens das Gegenteil: Oelige Ermahnungen an die Arbeiter zum Wirtschaften mit dem unzulänglichen Lohn sind nicht selten, und gar oft hört man die Erklärung, daß der Betrieb jetzt schon dauernde Zuschüsse erfordert und eventuell gang eingestellt werden muß! Diese Erklärungen ziehen allerdings heute nicht mehr. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß mancher Betriebsunternehmer in einer ähnlichen Klemme steckt wie der Arbeiter, so kann es jedoch diese nicht hindern, für ihre Arbeitsleistung eine Bezahlung zu verlangen, die ihnen und ihren Angehörigen die Existenz ermöglicht. Der Arbeitgeber wird in den meisten Fällen schon auf seine Rechnung zu kommen suchen. Darüber haben die Arbeiter sich weniger den Kopf zu zerbrechen, denn die Arbeitgeber haben wohl selten Lohn und Kaufkraft geprüft zu dem Zweck, um hier das richtige Verhältnis zu schaffen. Mit der Lohnzahlung ist in den meisten Fällen das Interesse am Arbeiter erledigt und die Arbeitgeber haben sich noch nicht darüber Gedanken gemacht, ob auch der Lohn des Arbeiters zum Leben ausreicht, und wie er sich sonst mit seinem Lohn durchschlägt!

In der Steinindustrie kommt nun noch als Ausrede gegen höhere Lohn hinzu die Notlage der Industrie! Das heißt: Zahl und Umfang der Aufträge gehen zurück, wodurch in allen Fachgruppen die Arbeiterzahl bedeutend zusammengeschmolzen ist, ferner die Zahl der Betriebe. Das wissen selbstredend auch die Arbeiter. Aber von dieser Notlage nun etwa schlußfolgern, wie die Unternehmer es tun, daß niedrige Löhne, eventuell längere Arbeitszeit (Sonntags usw.) angebracht sind, um die Notlage zu mildern, das lehnen die Steinarbeiter und ihre Organisationsvertretung ganz entschieden ab. Sicherlich ist die Notlage der Steinindustrie vorhanden, Betriebe und Arbeiterzahl befinden es; aber die Produktion geht weiter und durchaus zu Preisen, die sich allen anderen wohl angepaßt haben. Dabon ist wiederum Zeugnis das Auftreten und die Aufmachung einer großen Anzahl der Arbeitgeber der Steinindustrie. Nur wenn sie mit den Arbeitern zusammenkommen bei Lohnverhandlungen, dann geht das Klagen über die Notlage der Industrie los; dann haben sie keine Aufträge, müssen fortgesetzt zuhaken, verdienen weniger wie ihre Arbeiter. Aber von dem ewigen Zusehen sieht man nie ein ganzliches Verschwinden des „Auftrag-Vorrates“, ja, statt weniger wird es meistens mehr!

Ein großes Lamento versteht besonders die bairische Hartsteinindustrie anzustimmen und wir haben in den letzten Nummern des Steinmetzers lesen können, daß die Bezirksarbeitsverhandlungen in der Pflasterstein- und Schotterbranche gescheitert sind! Gescheitert, weil die Unternehmer nicht mehr „zusehen“ wollen. Sie lehnen Löhne als undurchführbar ab, die in anderen Orten unserer Industrie bereits doppelt so hoch sind und längst gezahlt werden. Einigkeit und Verständnis für die Notlage ihrer Arbeiterschaft hat die bairische Hartsteinindustrie noch nie ausgezeichnet, nur mit allen Mitteln und Anstrengungen konnte den Arbeitgebern in der vergangenen Zeit hin und wieder eine minimale unzulängliche Lohnaufbesserung abgenötigt werden. Ihre Stellung zu allen Forderungen der Arbeiter ist bald so aufzupassen, als wenn die Arbeiter nur aus Vergnügen am Forderung Lohnansprüche erheben! Die nächsten Wochen werden uns zeigen, ob die Unternehmer es aufs äußerste ankommen lassen wollen. Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit dort noch nicht gesprochen.

Auch die Verhandlungen über den Reichslohntarif der Granitschleifereien sind bekanntlich gescheitert, weil die Unternehmer der Arbeitskraft im Afford kein ausreichendes Einkommen garantieren wollen. Diese Forderung ist uns zu weitgehend, und weil sie beim Arbeiter aufträumt mit dem früher üblichen Stockprügel auf den Magen, lassen die Unternehmer anscheinend lieber den Reichstarif schwimmen, als sich einer neuzeitlichen, aber bitter notwendigen Forderung zu fügen. Affordbar ist ihr Stedenpferd, ohne diese kann angeblich in der Schleifereiindustrie nicht kalkuliert werden. Das Risiko soll aber der Arbeiter auch noch tragen. Diese altmodische Auffassung mögen die Arbeitgeber der Granitschleifereien nur abstreifen. So zäh und hartnäckig, wie sie früher die Werkzeugstellung vom Arbeiter verlangten, aber nicht dauernd halten konnten, so wenig werden sie ihre einseitige Auffassung über die Handhabung der Affordarbeit hochhalten können. Der Reichslohntarif hat auf seine Art ohne Zweifel auch dem Verband Deutscher Granitwerke Vorteile gebracht, deren Auswirkung in den Verträgen mit den übrigen Grabsteingeschäften zur Geltung kommt; um so ungreiflicher ist es jetzt, wenn nach Scheitern der zentralen Verhandlungen — die Fichtelgebirgsschleifereien Sonderverhandlungen wünschen! Am 8. August begannen sie in Hof. Der Ausgang war beim Abschluß dieser Nummer noch nicht bekannt. Die Granitarbeiter des Fichtelgebirgsbezirks hatten keine Ursache, die Verhandlungen abzulehnen, zumal der Verband Deutscher Granitwerke sich zu der, nach Scheitern der zentralen Verhandlungen, verlangten Teuerungszulage ablehnend verhalten hat. Ob nun diese Sonderverhandlungen die Verschlagung des Reichstarifgedankens zur Folge haben, ob solches überhaupt von den Unternehmern beabsichtigt ist, das läßt sich heute noch nicht übersehen. Jedenfalls sind die Granitarbeiter mit dem Reichstarif durchaus in kein unlösliches Eheverhältnis eingegangen, und wenn man von Unternehmenseite die Trennung provoziert, finden wir uns damit sicherlich besser ab, als der Verband Deutscher Granitwerke.

Das ist so ein wenig von den ewigen Gegensätzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sie sind verankert in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es sind Lebensfragen für den wirtschaftlich schwächeren Teil (den Arbeiter), und Nachfragen, weniger Lebensfragen, für den stärkeren Teil (Unternehmer). Eine tarifliche Vereinbarung schafft für eine bestimmte Spanne Zeit Verständigung, ist eine solche nicht möglich, bedeutet es wirtschaftlichen Kleinkrieg, Guerillakrieg im Gewerbe, Ausnützung

jeder Gelegenheit, seine Forderungen zu verwirklichen. Wollen die Unternehmer diesen Zustand? Wir glauben es kaum!

Die im Anzuge befindliche außerordentliche Preissteigerung und dazu die bisher unzulänglichen Löhne in einzelnen Gebieten der Steinindustrie haben das Barometer in unserem Organisationsleben auf Sturm eingestellt. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer ist gewiß nicht geeignet, den Sturm abzulenken, er wird also nicht ausbleiben! Alles Reden, Schreiben und Verhandeln hat schließlich eine Grenze. Die Rot hat nicht nur schon dauernd an die Türen der bairischen, schlesischen und sonstigen Kollegen geklopft, sie hat sich längst den verwehrt Einlaß verschafft und sitzt grinsend auf dem Tisch und in jeder Schublade, wo früher die sorgsame Hausfrau ihre Vorräte hatte. Nun gilt es zu handeln mit notwendigen Lohnaufbesserungen; die Notlage der Industrie darf und kann nicht immer vorgeführt werden!

Darum, Ihr Herren Arbeitgeber in der gesamten Steinindustrie, für die Existenzmöglichkeit der Arbeiter mehr Verständnis! Keine Ausreden, keine gelegentlichen Almosen, sondern auskömmlicher Lohn! Keine übligen Beschuldigungenreden, sondern schnelle und eingehende Prüfung von Lohn und Kaufkraft und dann Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen beiden! Alles andere ist vom Nebel!

Eine Eingabe über die Notlage in der deutschen Natursteinindustrie.

Der Reichsverband der Deutschen Steinindustrie hat Ende Juni eine Eingabe oder Denkschrift an den Reichstag gefandt, die in der letzten Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses — also kurz vor Vorentscheid (Vertagung) — noch zur Besprechung kam. Der Ausschuß beschloß, die Eingabe der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Der Wortlaut der Eingabe wurde kürzlich in der Unternehmer-Zeitung abgedruckt und kam so auch erst zu unserer Kenntnis. Die Mitglieder des Steinmetzverbandes wollen gewiß auch informiert sein, wie die Eingabe begründet wurde, deshalb bringen wir sie vollständig zum Abdruck:

Die Notlage in der deutschen Natursteinindustrie. Die gesamte deutsche Natursteinindustrie hat mit der Gefahr völligen wirtschaftlichen Niedergangs und Verfalls zu kämpfen und treibt mit Riesenschritten dem Gesicht einer sterbenden Industrie zu.

Der unterzeichnete Reichsverband der Deutschen Steinindustrie hält sich daher für verpflichtet, alle in Betracht kommenden Stellen in letzter Stunde auf die verzweifelte Lage der gesamten deutschen Natursteingewinnung und -verarbeitung aufmerksam zu machen. Er leidet die Verpflichung und die Berechtigung zu diesem Schritt einmal aus seiner Kenntnis der Verhältnisse und andererseits aus der Tatsache her, daß der Reichssteinverband die Spitzenorganisation aller sich mit der Gewinnung und Verarbeitung von Natursteinen befassenden Gewerbe und Industrien darstellt, die in folgenden Fachgruppen zusammengeschlossen sind:

1. Schotter- und Pflastersteinindustrie,
2. Werksteinindustrie,
3. Granitwerksteinindustrie,
4. Granitschleifereien,
5. Marmorindustrie,
6. Grabmalgewerbe.

Zunächst ein kurzes Wort über das Arbeitsgebiet und den Wirkungsbereich dieser sechs großen Verbände, die zusammen heute noch rund 75 000 Angestellte und Arbeiter beschäftigen.

1. Schotter- und Pflastersteinindustrie. Diese Gruppe liefert Schotter jeder Korngröße, Packlager und alle Sorten Pflastersteine, hauptsächlich für Eisenbahnverwaltungen und für Wegebauten, sowie Wasserbausteine für Uferbauten, Kanalanlagen und Kanalbauten in Basalt und Quarzporphyr, Melaphyr, Granit, Schenit usw.

2. Werksteinindustrie. Zu dieser Industrie gehören Steinbruchbetriebe in Sandstein, Muschelfalk, Travertin, Ruffstein, Basaltlava, Trachit usw. und Steinmetzwerkstätten sowie Steinlagerien, in denen die in den Steinbrüchen gewonnenen vorerwähnten Materialien zu Werksteinen für Fassaden, Brückenbauten, Gasenbauten, Einfassungen, Stufen, Plattenbelägen, Kriegerdenkmälern, Grabdenkmälern, Erbbegräbnissen, Schleif- und Mühlsteinen, Säuretrögen usw. sowie für die chemische Industrie verarbeitet werden.

3. Granitwerksteinindustrie. Hierzu gehören Steinbrüche, in denen Granit, Schenit, Porphyr gewonnen wird und Steinmetzwerkstätten, in denen dieses Material handwerksmäßig zur Verarbeitung kommt und Verwendung findet, wie unter 2 angegeben. Insbesondere ist bei dieser Industrie noch die Herstellung von Bordsteinen, Randsteinen und Bürgersteigplatten zu erwähnen.

4. Granitschleifereien. Diese Gruppe umfaßt die Firmen, die das in den Brüchen gewonnene Granit-, Schenit- und Porphyrmaterial in Schneidereien sägen, sowie in den Werkstätten handwerksmäßig bearbeiten, schleifen und polieren. Es kommen hierbei folgende Verwendungsmöglichkeiten in Betracht: Fassadenverkleidungen, Denkmäler, Erbbegräbnisse, Fußbodenbeläge, Wandverkleidungen.

5. Marmorindustrie. Zu dieser Gruppe gehören die Marmorbrüche, deren Material in Werkstätten, Marmorlagerien und -schleifereien verarbeitet wird zu Werksteinen für Fassaden, Erbbegräbnisse, Denkmäler, Wandplatten, dekorative und sanitäre Zwecke, Ausschmückung von Kirchen, Fußbodenbeläge, Treppenverkleidungen, Möbelplatten, Schalltafeln und sonstige technische und kunstgewerbliche Zwecke.

6. Grabmalgewerbe. Zu dieser Gruppe gehören alle Grabdenkmalgeschäfte.

Aus dieser Zusammenfassung ergibt sich, daß an der Natursteinverarbeitung in hervorragendem Maße auch das Handwerk beteiligt ist. Und gerade das Steinmetzhandwerk ist es, das durch seine nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von kulturellen Gesichtspunkten aus zu würdigenden Werte wie wohl keine andere menschliche Tätigkeit der Gegenwart die Kultur vergangener Zeiten überliefert. Die riesigen Bauten der Ägypter, die herrlichen Bauten des Altertums, unsere alten schönen Dome und profanen Denkmäler des mittelalterlichen Städtebaues legen noch heute Zeugnis ab von der Tüchtigkeit der Steinmetzen und gleichzeitig auch von der hohen Kulturstufe der Völker.

Das Verständnis für diese Bedeutung des Steinmetzhandwerks und der Steinindustrie scheint jedoch heute gänzlich verlorengegangen

gen zu sein. Von Seiten der Behörden wird auch nicht das geringste getan auf die unzähligen Erfuchen und Bemühungen um Arbeit und Existenzmöglichkeit. Sie wurden alle, wie früher, in streng bürokratischer Sinne behandelt, wohl hauptsächlich aus Mangel an bereitgestellten Mitteln, ohne daß durchgreifende Maßnahmen getroffen wurden, unserer Industrie zu helfen.

So ist es denn nun heute so weit, daß ein großer Teil der Steinindustrie Deutschlands, insbesondere des isolierten Ostpreußens und der Provinz Schlesien, die ihrer natürlichen Absatzgebiete beraubt wurden, ohne jede Aufträge von Seiten der Behörden und Privater sind.

Dabei stellt, wie sich gleichfalls aus der vorstehenden Zusammenfassung ergibt, die deutsche Natursteinindustrie, d. h. die gesamten mit der Gewinnung und Verarbeitung von Natursteinen befaßten Betriebe, eine der wenigen Industrien dar, die in ihrer Rohstoffbeschaffung nahezu unabhängig sind vom Auslande und zur Herstellung ihrer Fertigerzeugnisse nur in ganz geringem Umfange der Kohle bedürfen. Zweifellos war die Natursteinindustrie bei dieser Sachlage wie vielleicht kaum eine andere geeignet, den in allen Verlautbarungen der Reichs- und Staatsregierung hinsichtlich der Gestaltung unserer Volkswirtschaft zum Ausdruck gebrachten Forderungen gerecht zu werden.

Im Inlande könnten durch gesteigerte Ausnutzung der überreich vorhandenen Natursteinschätze und ihre Verwendung im Eisenbahn-, Wege-, Wasser- und Hochbau zahlreiche Arbeitskräfte produktiv beschäftigt und durch Steigerung der Ausfuhr Forderungen in fremder Währung, und zwar ohne Begründung von irgendwelchen Gegenforderungen des Auslandes, geschaffen werden.

Im Gegensatz zu diesen wohl kaum zu widerlegenden Erwägungen befindet sich die Natursteinindustrie jedoch, wie die weiter unten angegebenen Zahlen deutlich erkennen lassen, in einem wohl nie für möglich gehaltenen wirtschaftlichen Niedergang, und jedem Kenner der Verhältnisse ist es klar, daß diese, nicht nur für unsere allgemeine Volkswirtschaft, sondern für unser ganzes Kulturleben so hoch bedeutsame Industrie binnen kurzem zugrunde gehen muß, wenn ihr nicht sofort nach verschiedenen Richtungen geholfen wird. Sie ist in den meisten Gegenden kaum noch lebensfähig und arbeitet, soweit sie nicht bereits völlig zum Erliegen gekommen ist, bei ungenügender Ausnutzung der Betriebe fast durchweg im höchsten Grad unwirtschaftlich.

Es ist aber besonderer Nachdruck darauf zu legen, daß es sich hier keineswegs nur um eine in den allgemeinen Verhältnissen der Nachkriegszeit begründete Erscheinung handelt, die eine unmittelbare Folge des gesamten wirtschaftlichen Niedergangs und insbesondere der deutschen Verarmung ist, sondern um Zustände, die zu einem erheblichen Teil auf falsche oder ungenügende Maßnahmen der Regierungen und der ihnen nachgeordneten Verwaltungskörper zurückzuführen sind.

Auf Beispiele nach dieser Richtung soll hier verzichtet werden. Sämtliche Zweige des Steinmetzhandwerks und der Natursteinindustrie sind in der Lage, umfangreichen Stoff für diese Behauptung und die unhaltbare wirtschaftliche Lage beizubringen.

Durchweg ist nur noch ein kleiner Teil der gelehrten Facharbeiter, nach unserer Feststellung etwa 15 vom Hundert, im eigenen Gewerbe tätig. Die Mehrzahl fällt bereits heute der Erwerbslosenfürsorge anheim oder ist in andere Berufszweige übergewechselt. Viele von ihnen werden dem Gewerbe endgültig verlorengehen. Da bei dieser Sachlage auch die Ausbildung neuer Facharbeiter naturgemäß nahezu unmöglich ist, besteht weiter die Gefahr, daß es binnen kurzem bei uns überhaupt keine gelehrten Steinmetzen mehr geben wird.

Zum Schluß noch einige Zahlen über die heutigen Verhältnisse in den deutschen Bruchbetrieben, die besser als alle anderen Angaben die trostlose Lage der gesamten Steinindustrie erkennen lassen:

1. Schotter- und Pflastersteinindustrie. Die Verfrachtung an Wegebauaterial betrug im Jahr 1918 rund 18 900 000 Tonnen, im Jahr 1920 rund 7 500 000 Tonnen. Für das Jahr 1921 macht sich aus den vorgenannten Gründen bereits ein weiterer starker Rückgang bemerkbar.

Die Zahl der in Betrieb befindlichen Brüche ist seit 1918 um etwa 100, die der in ihnen beschäftigten Arbeiter um ungefähr 10 000 zurückgegangen.

2. Werksteinindustrie. In dieser Industrie ist gegenüber dem Jahr 1918 etwa die Hälfte der Betriebe, d. h. von 800 nahezu 400, stillgelegt. Die Arbeiterzahl ist von rund 20 000 auf 6000 zurückgegangen.

Ganz erschreckend sind die Zahlen für die vor dem Krieg so hoch entwickelt gewesene Sandsteinindustrie in Schlesien. Diese Industrie hat die Steinmetzarbeiter für hervorragende Staats-, Gemeinde- und Privatbauten in Breußen, insbesondere Berlin, geliefert, wie Reichstagsgebäude, Abgeordnetenhause, Dom usw. Ihr Versand ging aber auch über die Grenzen des Vaterlandes hinaus nach Holland, Rußland, bis nach Südamerika.

Im Jahr 1918 waren in 30 Sandsteinbrüchen in Schlesien 1817 Arbeiter beschäftigt, während 1920 hier von nur noch 10 Steinbrüchen mit einer Belegschaft von 290 Arbeitern in Betrieb waren. Inzwischen sind noch weitere Betriebe stillgelegt; die Arbeiterzahl hat sich noch erheblich verringert.

In Württemberg waren z. B. 1918 53 Steinbrüche mit 1000 Arbeitern im Gange, während im Jahr 1920 wohl noch 50 Steinbrüche betrieben wurden bei nur 340 Arbeitern. Hieraus ergibt sich, daß sich die Steinbruchbesitzer gegen eine Schließung ihrer Betriebe, selbst unter größten Opfern, sträuben, da sie wissen, daß ein einmal geschlossener Betrieb so leicht nicht wieder in Gang zu setzen ist, weil dann die Facharbeiter in anderen Industrien Unterkunft gefunden haben.

3. Granitwerksteinindustrie. 1918 waren in 275 Steinbrüchen 15 200 Arbeiter beschäftigt, 1920 waren nur noch 190 Steinbrüche mit einer Belegschaft von 7500 Arbeitern in Betrieb.

4. Granitischleifereien. Die Granitischleifereien sind durch die granitförmlichen Friedhofverordnungen und -verbote sowie die immer mehr zunehmende Abneigung der baupolizeilichen Behörden gegen die Verwendung von poliertem Granit für Bauarbeiten sowie auch größere Denkmäler fast ganz lahm gelegt. Drei Viertel der Betriebe arbeiten kaum mit einem Drittel und nur ein kleiner Teil zur Hälfte mit der früheren Belegschaft.

Bei den übrigen zwei Gruppen ergibt sich dasselbe trostlose Bild.

Vorstehende Darlegung gibt ein klares Bild der verzweifeltsten Lage dieses für die deutsche Volkswirtschaft und für unsere gesamte Kultur so wichtigen Berufszweiges.

Zur Unterstützung der gesamten Natursteinindustrie bitten wir deshalb den Reichstag

1. bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß möglichst sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden, um bei der Ausführung von Eisenbahnen, Hochbauten und Wasserbauten die Verwendung von Erzeugnissen des Steinmetzhandwerks und der Natursteinindustrie in weitestem Umfang zu ermöglichen,
2. bei sämtlichen Reichsbehörden darauf zu dringen, daß die nach Maßgabe des Haushaltsplanes möglichen Lieferungen an die Natursteinindustrie sofort vergeben werden und mit der von vielen Behörden, z. B. der Reichseisenbahnverwaltung, bei der

Ausschreibung von Schotterlieferungen beobachteten Zurückhaltung sofort gebrochen wird. Die Strafen sind sämtlich in solchen minderwertigen Zuständen, daß Neuschüttungen und Neupflasterungen als dringendes Bedürfnis zu bezeichnen sind,

8. die beim Reichsfinanzministerium eingebrachten Anträge auf Aufhebung der für die Natursteinindustrie und das Steinmetzhandwerk so verhängnisvollen Luxussteuer nachdrücklich zu unterstützen,

4. beim Reichsverkehrsministerium für eine Herabsetzung der bei der Tarifserhöhung vom 1. April d. J. viel zu stark erhöhten Steintarife einzutreten, da ein großer Teil der Natursteinerzeugnisse wegen der hohen Eisenbahnfrachten heute nicht mehr verhandfähig ist.

Wir geben uns der Hoffnung hin, mit vorstehenden Ausführungen das Interesse des Reichstags geweckt zu haben und von ihm nach den vorstehend kurz angegebenen Richtungen tatkräftig unterstützt zu werden.

(Folgen Unterschriften.)

Die Tendenz der Eingabe findet die Unterstützung der Steinmetzen; ihre Einzelheiten wollen wir im Interesse der Sache nicht kritisieren. Zu wünschen ist nur, daß die Eingabe den maßgebenden Behörden von der Regierung mit der nötigen Anweisung überwiesen wird, von ihnen auch Beachtung findet und nicht schließlich in irgendeinem Schubfach irgendeines Regierungs- oder Geheimrats der Verstaubung anheimfällt.

Etwas mehr Schwung und etwas mehr Geräusch über diese Eingabe hätten bei der Einreichung ihrem Zweck gewiß nichts geschadet. Und wenn wir richtig informiert wurden, ist es nur der Initiative des Reichstagsabgeordneten Kollegen Söner (Christl. Verband) zu verdanken, wenn die Eingabe wenigstens im volkswirtschaftlichen Ausschuss noch eine sachmännliche Begründung und Besprechung erfahren hat. Solche Zufälligkeiten müssen schon von vornherein durch eine andere Aufmachung unmöglich gemacht werden.

Der Reichstag und die 10 Forderungen des DGB.

Die parlamentarische Behandlung der am 26. Februar d. J. gestellten 10 Forderungen des DGB hat mit dem Beschluß des deutschen Reichstags am 7. Juli ihren Abschluß gefunden. Die SPD und USPD einigten sich für die geforderte Behandlung der Erwerbslosenfürsorge auf einen gemeinsamen Antrag, der am 22. April eingebracht wurde. Die Verhandlungen im Ausschuss für Volkswirtschaft, an den der Antrag verwiesen wurde, nachdem er das Plenum am 3. und 4. Mai beschäftigt hatte, rückten nur langsam voran, trotzdem die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erneut auf größte Beschleunigung gedrängt hatten.

Am möglichst schnell der dringenden Not der Erwerbslosen zu steuern, beantragte der Ausschuss, vorweg eine Sonderunterstützung für mehr als 26 Wochen Erwerbslose. Der Reichstag beschloß daher am 2. Juni, den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe zu gewähren, die den langfristigen Erwerbslosen die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk ermöglichen sollte. Diese Unterstützung, die im Durchschnitt 600 M. für jeden in Frage kommenden Erwerbslosen betragen sollte, ist inzwischen überall angewiesen worden, so daß sie im Juli durchgeführt werden konnte. Teils erfolgte sie in bar, teils in Zuwendung von Bekleidung. Weiter wurde beschlossen, die besondere Berücksichtigung der langfristigen Erwerbslosen bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosen-

Die Bodenschätze Deutschlands an Natursteinen.

Vortrag von Professor Dr. W. Paulcke (Karlsruhe), gelegentlich des ersten Deutschen Naturstein-Kongresses in Eisenach. Die Wiedergabe wird in fünf Fortsetzungen erfolgen. Die Schriftleitung hat den Wunsch, daß die Verbandsmitglieder die Artikelserie nicht nur eingehend lesen, sondern sich aufheben, für manche wird sie wertvolle Anregung geben — seine Kenntnisse in der Gesteinskunde und dem deutschen Gesteinsvorkommen zu erweitern suchen. Ueber Entstehung, Alter und Beschaffenheit der Gesteine, an denen unsere Kollegen in ihrer Lebensarbeit herumhämmern, oder die sonst täglich mit Steinen hantieren, sind ebenso wie in berufsfremden Kreisen, oft die unrichtigsten Anschauungen vertreten. Der Vortrag des Herrn Professor enthält hauptsächlich zum Schluß besondere Vorschläge zur Gebung der Naturstein-Industrie. Dafür haben auch wir Arbeiter Interesse, denn in der Mehrzahl sind wir auf Gebeth und Verbot mit den Steinen „vermachelt“, so daß die Nachfrage nach diesen Produkten uns nicht gleichgültig sein kann.

I.

Deutschlands Bodenschätze an Natursteinen! Wo anfangen und wo aufhören bei dem ungeheuren Reichtum, den unser Vaterland davon besitzt? Denn so ist's, obgleich viele, die es wissen sollten, es nicht wissen. Es kann bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit natürlich unmöglich meine Aufgabe sein, die Gesteinsvorkommnisse Deutschlands einzeln zu erwähnen; noch weniger können die einzelnen Unternehmungen besonders genannt werden. Das hieße für beides einen endlosen Katalog aufstellen, wobei vor lauter Nennungen kein Bild der Verhältnisse entstehen könnte. Ich will versuchen, einen Ueberblick über die großen Gesteinsgruppen und ihr Vorkommen in den Hauptgebieten Deutschlands zu geben und daran anschließend allgemein wichtige Fragen, die von Bedeutung für die Natursteinindustrie und die deutsche Wirtschaft sind, zur Sprache zu bringen.

Die Steinindustrie unterscheidet Hartgesteine und Weichgesteine, wobei im allgemeinen die aus Schmelzfluß erstarrten Gesteine, also: Granite, Schenite, Diorite, Gabbro usw., Quarzporphyre, Diabase, Basalte usw. zu den Hartgesteinen, die Sedimente oder Schichtgesteine, Kalk, Dolomite, Sandsteine usw. zu den Weichgesteinen gerechnet werden. — Der Geologe unterscheidet primäre aus Schmelzfluß erstarrte und sekundäre aus Aufbereitungsmaterial vorhandener Gesteine entstandene Gesteine, sowie solche, die nachträgliche Veränderungen erlitten haben.

Die Ausbildungsart eines jeden Gesteins, seine Textur und Struktur und damit seine Eigenschaften und sein Aussehen sind absolut bedingt durch die Art der Entstehung, ist also abhängig von der Art des geologischen Auftretens; das gleiche gilt von den Lagerungsformen, von Mächtigkeit und Ausdehnung der Vorkommnisse.

Diese geologischen Gesetzmäßigkeiten geben uns Hinweise für das Auffinden bestimmter Gesteinsarten, über Güte, Ergiebigkeit, Verwendbarkeit, rationelle Abbauethoden usw.

Bei unserer Ueberblick beginnen wir mit den Hartgesteinen:

Das bekannteste und verbreitetste ist bei uns wohl der Granit, ein körniges Tiefengestein, das wegen seiner Weiterbeständigkeit, zum Teil auch Säurefestigkeit, seiner Druckfestigkeit sowie seiner schönen Farbwirkungen und um anderer wertvoller Eigenschaften willen seine vielseitige Verwendung verdient.

Je nach seinen besonderen Eigenschaften wird der Granit als Werkstein: zu Treppentufen, Trottoirplatten, Bordsteinen, Pflaster- und Schottermaterial für Randsteine, Kellergänge usw., sowie als Dekorations- und Skulpturstein verwendet. — Seine vorherrschende Farbe: weißlich, grau, braun, rötlich, rot, grünlich verankert der Granit in erster Linie der Farbe der an seiner Zusammensetzung stark beteiligten Feldspate bzw. der Mischung dieser mit den übrigen Gemengteilen.

In Deutschland spielen die wichtigste Rolle die Vorkommnisse in Schlesien, in Sachsen (Lausitz), im Harz, in Thüringen, im Fichtelgebirge, in Hessen (Odenwald), in Baden (Schwarzwald), in Bayern (Fitz, Bayerischer Wald). Die Granitindustrien dieser Gebiete sind wirtschaftlich von allergrößter Bedeutung für Deutschland. Die Qualität des Materials erlaubt vollwertigen Wettbewerb mit dem des Auslandes, besonders auch mit dem schwedischen, von dem

höchstens Virbo Virgo und Banewick eine etwas höhere Leuchtkraft des Rot braunrot zeigen, für die wir also keine Vertreter haben.

Die Schenite mit ihrer durch den Hornblende- und Augitgehalt bedingten grünlich bis schwarzgrünen Färbung werden ähnlich verwendet wie die Granite. Wir besitzen wertvolle Vorkommnisse und wichtige Industrien in Sachsen, Schlesien wie im Odenwald.

Die Diorite, an deren Zusammensetzung Kaliumfelspat, Hornblende, zum Teil Augit beteiligt ist, sind grün- und weißgrün gefärbt bis dunkelgrüne schöne Gesteine, die sich in Schlesien, am Kyffhäuser, in Sachsen, in der Pfalz, im Odenwald und Schwarzwald finden; sie sind schöne und wertvolle Dekorationssteine.

Das gleiche gilt vom Gabbro, dessen zum Teil prachtvolle Farbwirkung dem Gehalt an bläulichweißem Kaliumfelspat (Labrador) und dunkelgrünem Diallog (Hornblende) zu verdanken ist. Schöne deutsche Gabbrovorkommnisse sind die von Sachsen, Schlesien, vom Odenwald, Harz, Fichtelgebirge, Bayern. Dieser gäbe Stein eignet sich außer zu Straßensteinen wegen seiner vornehmen Wirkung vor allem zur Verwendung in poliertem Zustand.

Die Peridotite, deren Hauptgemengteil neben Augit und Hornblende vor allem Olivin ist, sind vorwiegend dunkelgrüne Gesteine, die in erster Linie schönes Dekorationsmaterial liefern. Sie finden sich insbesondere im Fichtelgebirge, Harz, Nassau, Sachsen, Schlesien.

Diese großkörnigen Tiefengesteine verdanken ihre wertvollen Eigenschaften der relativ großen Ausbildung der sie zusammensetzenden widerstandsfähigen Mineralien und ihrer Textur, d. h. der wirren Anordnung der Teile zu großkörnigem Gefüge. Allgemeine Härte und hohe Druckfestigkeit machen sie zu wertvollem Material in Fällen starker mechanischer Beanspruchung. Ein gewisser Unterschied in der Härteausprägung der sie zusammensetzenden Mineralien, der sie auch zum „Stoßen“ vorzüglich geeignet macht, bewirkt die leichte Rauhaltung der gestockten Oberfläche und verhindert Entweichen postularier Glätte bei Abnutzung, so daß diese Gesteine die gegebenen Materialien für Pflaster, Bürgersteigplatten, Bordstein- und Treppentufen sind. Die massive Wirkung und vornehme Farbe machen sie zu Dekorations- und Skulpturwecken hervorragend geeignet. Ihre Wetterbeständigkeit und die lange Lebensdauer frischen guten Materials ist eine sehr große; sie zeigen in dieser Hinsicht eine große Ueberlegenheit über anderes, im speziellen künstliches.

Die große Gruppe der Ergußgesteine liefert sowohl Pflaster- wie Schottermaterial als auch schöne Dekorations- und Monumentsteine; gut verwendbar im matten wie im geschliffenen und polierten Zustand.

Von allergrößter Wichtigkeit sind die Porphyre, insbesondere die Quarzporphyre. Sie stellen eines der wertvollsten Materialien für Pflasterstein- und Schotterherstellung sowohl für Straßen- wie für Bahnbau dar.

Zum Teil liefern sie auch Werk-, Dekorations- und Monumentsteine mit schöner Farbwirkung und hoher Politurfähigkeit. — Die Verbreitung der Vorkommnisse schließt sich fast ganz an das der Granite an.

Von weiteren hellen Ergußgesteinen spielen die Trachyte und Phonolithe eine wichtige Rolle. — Die Hauptbedeutung der Trachyte liegt in ihrer Verwendung als Mauer- (bindenden Mörtel sehr gut) und Schottermaterial; zum Teil als Schleifsteine.

Die Phonolithe von der Lausitz, dem Vogelsberg, der Rhön, dem Westerwald, vom Kaiserstuhl und Hegau sind gute Mauersteine und werden zu Schotter- und für Gleisbettungszwecken verwandt. Die große Menge der dunklen, grünen und schwärzlichen Gesteine gehören in die Gruppe der basischen Ergußgesteine. — Hornblenden, Augit, dunkle Glimmer bedingen die dunkle Farbe; ihre Textur ist teils dicht mit innig verflochtenen Mineralbelegungen, so daß überaus zähe und enorm druckfeste Gesteine (2200—3500 bis 5800 Kilogramm-Quadratmeter) entstehen, die wegen der Dichte des Gefüges und der Homogenität der Mineralien hohe Politurfähigkeit zeigen. — Gewisse Warten zeigen eine poröse Lavastruktur; diese Porzen verleihen dem Gestein eine große Rauhi-

keit; eine für Mörtelhaftung, sowie unregelmäßige Abnutzung, Raufbleiben bei Pflaster, Treppen usw. und bei Schleifsteinen sehr erwünschte Eigenschaft, die bei der technischen Verwendung dieser Gesteine eine große Rolle spielt.

Poröse Basaltblöcke, die zur Verwendung als Mühlesteine, Pflaster-, Treppen-, Sockel- und Bausteine sehr geeignet sind, besitzen wir besonders im Rheinland. Weite Verbreitung und vielgestaltige Verwendbarkeit haben aus dieser Gruppe vor allem die Basalte mit ihren verschiedenen Warten. Wir finden sie in der Pfalz, im Siebengebirge, Westerwald, Taunus, Vogelsberg, Odenwald, Rhön, Nordbayern, Erzgebirge, Lausitz, in Thüringen, Sachsen, Schlesien, Hannover, Kaiserstuhl, Hegau.

Ihre Verwendbarkeit ist sehr mannigfaltig: als Mauerstein, zum Teil Pflasterstein, als erstklassiger Schotter usw. — Sie dienen weiter zur Herstellung von Steinambossen, Mörsern usw.

Dieser gehören die Andesite, Gesteine von geringerer Druckfestigkeit.

Weiter die Diabase, typisch grüne Gesteine. Thüringen, Westfalen, Lausitz, Harz, Nassau, Rheinland, Siebengebirge, Taunus, Odenwald sind die Hauptheimatgebiete dieses Materials und seiner Industrien. — Ihre Verwendbarkeit ist sehr vielgestaltig: zu Pflaster-, Schotter- und Dekorationszwecken. — Die Diabase laufen in der Technik — wie viele andere Gesteine — unter petrographisch falschen Namen (als schwarzer Granit, Schenit, Dioritporphyr).

Ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß für die Benennung unbedingt eine richtige, allgemein anzuerkennende Norm geschaffen werden muß, und zwar ist die geologisch richtige Bezeichnung zu wählen, dann kann nie ein Irrtum entstehen, und man weiß, woran man ist. Es ist wichtig, für rasche Verständigung, ebenso wie für Ausfuhr-, Zoll- und ähnliche Fragen, daß sich auch die Industrie der eindeutigen geologisch-petrographischen Bezeichnung bedient, damit es z. B. nicht vorkommen kann, daß sogar Kalksteine als Granit (Granit-belge) bezeichnet werden, wodurch eine Verwirrung entsteht, die z. B. schon Zoll- und steuertechnische Schwierigkeiten zur Folge gehabt hat. — Daß besondere Warten Farbaritäten daneben mit einem zugkräftigen Phantasiennamen zu Handelszwecken belegt werden, bleibt dabei unbenommen. Das können aber auch deutsche Namen sein!

In Verbindung mit den grünen Gesteinen sind die Serpentine zu nennen, die aus Olivin- und Hornblendegesteinen hervorgegangen sind, und die neben der grünen Farbe rotbraune, kupfrige bis gelbliche Färbungen zeigen. — Reichlich eingeschleppte Granaten erzeugen bisweilen rote Flecken, die gute Wirkung hervorrufen. Serpentin wird fast nur in der Veredelungsindustrie verwendet und ist da ein sehr geschätztes schönes Material für die Herstellung der verschiedensten Gegenstände. — Die Hauptserpentinindustrie ist die sächsische (Zöblitzer Serpentin). Seine große Widerstandsfähigkeit gegen hohe Temperaturen verspricht ihm eine erweiterungsfähige Verwendung in der Industrie (für Schmelzöfen).

Diese kurze Ueberblick über die wichtigsten Vertreter aus der Gruppe der Hartgesteine zeigt den großen Reichtum, den wir in Deutschland von diesem überaus vielseitig verwendbaren Material besitzen.

Eine Gruppe besonderer Art sind die zum Teil relativ weichen vulkanischen Gesteine, deren Material ursprünglich als Gestein für Vulkanen gefördert wurden und das nachträglich eine mehr oder weniger starke Verfestigung erlitten hat. Es sind die vulkanischen Tuffgesteine, die stets in Verbindung mit entsprechenden Ergußgesteinen auftreten, und zwar in Gegenden mit jungvulkanischen Eruptionen. — Diese Tuffe liefern zum Teil ausgezeichnetes Baumaterial, das den Vorzug hat, leicht bearbeitbar zu sein, wegen seiner Porosität gut zu isolieren, geringes Raumgewicht zu besitzen, aber doch mit genügender Druckfestigkeit ausgezeichnet zu sein. — Weist neben diese vulkanischen Tuffe unter Umständen auch Feigheit und Härte zu. Das Rheinland weist vorzügliche Phonolith- und Trachyttuffe (Trasse) auf, welche letztere ja noch weitere überaus wertvolle Eigenschaften besitzen. — Gute Basalttuffe finden sich ferner in Hessen; desgleichen Basaltlagglomerate, die beide als Bausteine sehr geschätzt sind.

Trachyttuffe finden sich ferner im Bayerischen Meck.

fürsorge durch Zuschuß eines für diese wesentlich höheren Förderungsbeitrages. Aus Anlaß berechtigter Klagen wurde noch beschlossen:

Den Erwerbslosen soll die Unterstützung auch über die Dauer von 26 Wochen hinaus in allen den Fällen fortgewährt werden, in denen es nach der Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. Der § 9 a der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist in diesem Sinne anzuwenden.

Ueber die Hauptfragen wurde im Ausschuß weiter verhandelt. Nach langwierigen Beratungen konnten am 5. Juli dem Reichstag als Resultat die folgenden Grundzüge zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit vorgelegt werden, die am 7. Juli die Zustimmung des Parlaments fanden. Sie stellen sich dar als eine Reihe festumrissener Grundzüge und Vorschläge zur Lösung des Arbeitslosenproblems, wobei an die Spitze die Beschaffung von Arbeit gestellt ist als die beste Erwerbslosenfürsorge. Einleitend sagte der Beschluß:

Die Arbeitslosigkeit ist mit Fragen der Wirtschaft aufs engste verbunden. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse trägt gleichzeitig zur Linderung der Not der Arbeitslosen bei und vermindert deren Zahl durch zunehmende Beschäftigung.

Erwerbslose, die keine Beschäftigung finden können, bedürfen einer finanziellen Unterstützung, die ihnen ein Existenzminimum sichert. Dabei besteht jedoch in erster Linie die zwingende Notwendigkeit, den Beschäftigungslosen Arbeit zu beschaffen.

Zur Erreichung des letztgenannten Zieles wird zunächst die planmäßige Umsiedlung der Bevölkerung verlangt. Maßnahmen, um den Lebensmittelpreisraum zu vergrößern, um das so bitter notwendige Ziel zu erreichen, dem deutschen Boden mehr Frucht abzugewinnen, zugleich aber auch, um dem Industriearbeiterüberschuß Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft zu geben. Zur Zeit sind in Deutschland noch 150000 ausländische Arbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt, die sicher früher oder später durch steigende Arbeit in ihre Heimat absorbiert werden. Voraussetzung für Wiederansiedlung deutscher Arbeiter ist natürlich in erster Linie Lösung der ländlichen Wohnungsfrage, die völlig im argen liegt. Es sind daher 200 Millionen Mark bereitgestellt, um aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge den ländlichen Wohnungsbau zu beschleunigen. Zur Erreichung dieser Umsiedlung sagt der Beschluß:

Die nach dem Krieg eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse machen eine weitgehende Umsiedlung der Bevölkerung von der Stadt auf das Land dringend erforderlich. Zur Erleichterung unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln, zur Verminderung unserer Einfuhr ist eine Verbreiterung der landwirtschaftlichen Grundlage unentbehrlich.

- Dieser Zweck dient:
1. eine großzügige Neusiedlung und Anliegerfiedlung,
 2. die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel,
 3. eine Abänderung des Reichsfielungsgesetzes, wodurch die jetzt bestehenden Gemeinnütze der Siedlung befristet werden,
 4. die Anlernung städtischer Arbeiter für Landwirtschaft und Gartenbau. Die produktive Erwerbslosenfürsorge soll diese Anlernung durch Gewährung eines angemessenen Zuschusses für die Dauer der Anlernzeit fördern,
 5. die Schaffung von Kulturgründen, namentlich um die größeren Städte, durch Kulturbarmachung von Oedflächen und Ausbau zu gärtnerischer Siedlung zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse, Obst u. a.,
 6. Förderung der Meliorationen, Kultivierung und Befriedung von Moorlandereien unter möglicher Berücksichtigung des Naturschutzes.

Hauptteil des Beschlusses sind die Grundzüge über die Arbeitsbeschaffung, vor allem Förderung des Baugewerbes durch Beihilfen und Bekämpfung der ungesund hohen Baupreispreise. Ein beantragter Satz, der die Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1916 betreffend Verbot der Einrichtung von Werken zur Herstellung von Zement" verlangte, weil genügt auf dieses Verbot, die bestehenden Werke unerhörte Gewinne einheimen und damit das Bauen verteuern, wurde gestrichen, weil der erste Satz „dies bereits besage". Gaben Worte einen Sinn, so muß nunmehr das hemmende Verbot fallen. Öffentliche Arbeiten sollen in weitestem Maße sofort in Angriff genommen werden, wobei die Unterbringung Arbeitsloser in erster Linie zu beachten ist. Diese Arbeiten sind als Notstandsarbeiten zu behandeln, d. h., es soll der Unternehmergewinn begrenzt werden. Wichtig ist die Bestimmung, daß, entsprechend unseren Forderungen bei der Regelung dieser Auftragsvergaben, Gewerkschaftsvertreter zuzuziehen sind. Dieser Teil des Beschlusses sagt:

- Arbeitsbeschaffung:
1. Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land durch a) Bauhilfen, b) Anregung der privaten Bautätigkeit auf dem Weg steuerlicher Erleichterung und freier Verfügung über Neubauten, c) Bekämpfung ungesund hoher Preise der Baustoffe, d) mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Ausbesserungsarbeiten an den Wohnhäusern zu fördern,
 2. Schnellere Förderung des Baues von Kanälen, Talsperren sowie anderen Arbeiten, die einer Förderung des Verkehrs und der Wirtschaft dienen, evtl. unter Bereitstellung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge.
 3. Neubau notwendiger Verkehrsstraßen und Wiederherstellung der vielfach sehr stark abgenutzten Landstraßen und Wege,
 4. Beschleunigung der Wiederaufstellungsarbeiten,
 5. sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

Bei der Vergebung dieser Aufträge sind, unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit, die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrags Arbeitslose einzustellen, sofern dies mit dem wirtschaftlichen Zweck der Aufträge vereinbar ist. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, soll zunächst zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe vergeben werden. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

Bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die in der heutigen Notzeit vergeben werden, ist der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen. Den Arbeitern sind, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.

Zur Mitwirkung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 5 Abs. 2-4 vorgezeichneten Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zuzuziehen.

6. Die Gemeinden werden ersucht, mit Unterstützung der Länder und der produktiven Erwerbslosenfürsorge des Reichs erhöhte Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte zu richten. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob nicht durch Bildung von Arbeitsgenossenschaften die Kriegs- und Zivilrentenempfänger Aufträge für Massenartikel übernehmen können, um sie in Werkstätten- oder Heimarbeit zu erledigen.

7. Weibliche Erwerbslose sind zur Übernahme von Hausangestelltenarbeit anzuregen. Zu ihrer Ausbildung können nach Bedarf Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingesetzt werden.

8. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind in angemessener Weise auch die Mittel- und Kleinbetriebe heranzuziehen. Hinsichtlich der Arbeitsvermittlung heißt es: Solange die allgemeine Arbeitslosigkeit herrscht, ist die Zahl der ausländischen Arbeiter nach Möglichkeit zu vermindern. Bei Erdb-, Kanal-, Eisenbahn-, Straßenarbeiten und Meliorationen, deren Kosten ganz oder teilweise aus öffentlichen Mit-

teln bestritten werden, dürfen Arbeitskräfte in der Regel nur durch Vermittlung der Arbeitsnachweise entnommen werden.

Langfristig Erwerbslose sind bei Notstandsarbeiten bevorzugt einzustellen, eventuell unter Zahlung eines erhöhten Förderungsbeitrages aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Um die Unterbringung erwerbsloser Arbeiter aus der Stadt auf dem Lande, zwecks Anlernens für landwirtschaftliche Arbeit zu erleichtern, sind die Deputatwohnungen zu verbessern und den übergesiedelten Arbeitern zu vermieten. Zur Vermittlung solcher Arbeitskräfte sind die Gewerkschaften anzuregen.

Zwischen den städtischen Arbeitsnachweisen und den Arbeitsvermittlungen der Landwirtschaftskammern ist eine lebendige Verbindung herzustellen, um durch fachkundige Auswahl eine zahlreiche Vermittlung städtischer Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu erreichen. Bei der Regelung öffentlicher Aufträge sind besonders die Bezirke zu berücksichtigen, die eine hohe Arbeitslosenziffer haben.

Unter allgemeinen volkswirtschaftlichen Maßnahmen werden dann eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die mindestens sehr hypothetisch sind. Sicher ist höchste Produktivität bei höchstentwickelter Technik und herabgeminderter Unkostenhöhe die Voraussetzung für die so notwendige Verbilligung. Und die Förderung des Reichstags, ungehindert hohe Gewinne zu unterbinden und die Kartellgebarung in Industrie und Handel laufend zu kontrollieren, ist von größter Wichtigkeit, aber gerade hinter diese Forderung wird die ganze Kraft der Arbeiter gestellt werden müssen, denn Handel und Industrie verteidigen ihren ungeschmälerten Profit mit allen Mitteln. Der Beschluß sagt hierzu:

Hilfe für Rußland!

Der Einladung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, mit ihr gemeinsam eine Hilfsaktion für das von Hungersnot und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu veranstalten, konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Gründen, die einer Erörterung hier nicht bedürfen, nicht Folge leisten.

Es fehlt uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden russischen Arbeitsbrüdern und wir weisen auch den Gedanken weit von uns, etwa diese Unschuldigen verantwortlich zu machen und sie büßen zu lassen für die Sünden der jetzigen Gewalthaber in Sowjetrußland, die ihre reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortwährend nach Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu zerstören.

Wir sind überzeugt, daß die große Masse der deutschen Arbeiterschaft in dieser Stellungnahme einig mit uns ist.

Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Arbeitern Rußlands bekunden, wie können wir ihnen in ihrer schweren Not helfen?

Bewiß ist das Elend in Rußland größer als die Not, von der die Arbeiterschaft in unserem eigenen Lande seit Jahren heimgejagt wird. Aber wir glauben nicht, daß die Arbeiter Deutschlands angesichts der Lage, in der sie sich gerade jetzt befinden, selbst beim besten Willen imstande sein werden, durch Geldsammlungen eine solche Summe aufzubringen, mit der gegen die Hungersnot in Rußland irgend etwas auszurichten wäre.

Brotgetreide und Geldmittel gegen die Hungersnot müssen aus den reichen Ländern kommen, sie können unmöglich aus dem armen Deutschland erwartet werden.

Deutschland aber muß und wird helfen gegen die Cholera und andere Seuchen, die in Rußland wüten. Und an dieser Hilfeleistung sollen sich auch die Arbeiter Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben.

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB, durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Grafmann vertreten ist. Das Komitee hat die ersten Schritte zur Hilfeleistung bereits eingeleitet und wird über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen.

Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber unterrichten.
Berlin, den 3. August 1921.
Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Th. Leipart.

Allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahmen.

Die bevorstehende Steigerung der Getreide- und Brotpreise, der Mehl- und Kohlenpreise, die in Aussicht stehenden erheblichen Steuerbelastungen und die daraus sich ergebende Geldentwertung erfordern:

1. den allgemeinen Lebensgang zu einer gesunden Preis- und Währungs- und die Abkehrung ungesund hoher Gewinne,
2. eine allgemeine Hebung der Produktivität nach dem Grundsatz höchster Erzeugung bei billigster Unkostenhöhe, großem Umsatz und beschränktem Gewinn.

Die Reichsregierung wird ersucht, zu prüfen und Vorschläge zu machen, in welcher Weise das Kartell- und Verbandswesen in Industrie und Handel einer fortlaufenden Beobachtung zu unterziehen ist. Sie wird ersucht, den im Reichswirtschaftsministerium bestehenden Ausschuß zur Prüfung der Kartellgebarung durch Hinzuziehung von Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats und des Reichstags auf eine breitere Grundlage zu stellen und den Abschluß seiner Arbeiten zu beschleunigen.

Zum Schluß wird die höhere finanzielle Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ausgesprochen. Die Erwerbslosenunterstützung, die auf Drängen der Gewerkschaften entgegen der ursprünglichen Absicht, bisher weiter in Höhe der sogenannten Winterunterstützung, also erhöht ausbezahlt wurde, ist vom 1. August an um 20-25 v. H. der jetzigen Sätze erhöht worden. Die Unterbringung der Kurzarbeiter wurde dadurch verbessert, daß vom 1. August an der Kurzarbeiter dann eine Unterbringung erhält, wenn die Hälfte seines Verdienstes weniger ausmacht, als wenn er als Arbeitsloser Unterstützung erhält, und zwar erhält er als Zuschuß die Differenz zwischen der Hälfte seines Verdienstes und der etwaigen Unterstützungssumme. Bisher wurden nicht 50, sondern 60 v. H. des Verdienstes berechnet. Die übrigen bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Kurzarbeiterunterstützung bleiben bestehen.

Die Erhöhung der Unterstützungen ist mehr als bescheiden, ja unzureichend, und doch bedurfte es unenbildlicher Mühe, um dieses zu erreichen. Angesichts der finanziellen Lage des Reiches war bei dieser Frage der Widerstand besonders groß. In dem Beschluß heißt es:

Der Reichstag tritt der Erklärung der Reichsregierung bezüglich einer erhöhten Unterstützung der Kurzarbeiter und der Erklärung, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in der Höhe von 20 bis 25 v. H. der bisherigen Sätze ab 1. August eintreten zu lassen.

Soweit der Beschluß des Reichstags, der den parlamentarischen Kampf um die 10 Forderungen beendete. Sicher ist nicht reslos nach hartem Kampf dar, bei dem die sozialdemokratischen Parteien in der Minderheit blieben. Die Höhe der Unterstützung kann nicht genügen, wenn beachtet wird, daß wir unmittelbar vor einem starken Steigen der Lebenshaltungskosten stehen. Das Verlangen nach genereller Durchführung der Kurzarbeiter überall dort, wo die Verhältnisse es verlangen und wo sie technisch möglich ist, ist nicht erfüllt. In Nr. 29 des „Korr.-Bl." wurde über den starken Widerstand gegen die generelle Arbeitsfreudung im Reichswirtschaftsrat berichtet. Entsprechend der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats lassen die Grundzüge des Reichstags diese Frage unberührt. Es wird die gegenseitige Verständigung in den einzelnen Indu-

strien empfohlen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat in den letzten Tagen alle Arbeitsgemeinschaften um unerbüchliche Beratungen ersucht, um für jede besondere Industrie zu prüfen, wieweit sich eine Arbeitsfreudung oder vermehrte Arbeitsbeschaffung erzielen läßt. Für Groß-Berlin ist inzwischen eine besondere paritätische Kommission gebildet worden mit der Aufgabe, in den Bezirken dieses Wirtschaftsbezirks mögliche Arbeitsfreudung oder sonstige Anbringung der Erwerbslosen zu veranlassen. Aber die generelle Forderung ist gefallen, daß bei Kurzarbeit der Arbeitgeber ein Drittel des ausfallenden Lohnes zu tragen hat, während die Forderung nach dem staatsseitig zu tragenden Drittel durch die Abänderung der Bestimmungen über Entschädigung der Kurzarbeiter mindestens zum wesentlichen Teil entfallen wird.

Die Grundzüge legen das Hauptgewicht auf Arbeitsbeschaffung durch Leistung volkswirtschaftlich wertvoller Arbeiten. Aber sie sind, wenn wir von den konkreten Beschlüssen über Unterstützungen absehen, zunächst nur Leitätze, Vorschläge, die sich erst in der Praxis auswirken müssen. Sie werden entweder gutgemeinte Ratsschläge bleiben oder es gelingt, sie in lebensvolles Wirken umzusetzen und damit das Problem zu lösen. Entscheidend dafür ist Einfluß und Druck, den die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien ausüben vermögen. Der Reichstag hat durch seinen Beschluß seine Bereitwilligkeit erklärt, die von den Gewerkschaften geforderten Wege zu gehen. Regierung und Behörden sind an diesen Beschluß gebunden, aber wir wissen, wieviel gute Vorschläge und ehrlicher Wille in den Kassenstuben begraben werden. Darum ist der Kampf der Gewerkschaften um die 10 Forderungen mit dem Reichstagsbeschluß nicht beendet, sondern jetzt beginnt erst sein wichtigster Teil, die Überführung der aufgestellten Grundzüge in die Tat.

Praktische Rechtswinke.

Aus juristischen Kreisen wurde kürzlich dem „Vorwärts" geschrieben: Die Gerichte sind überlastet und von allen Seiten werden Vorschläge gemacht, um der Prozesslast zu steuern. Bisher fast erfolglos! Zur Beseitigung dieses Mißstandes muß das Uebel an der Wurzel gepackt und die erste Fehlerquelle beseitigt werden.

In der Schule wird der heranwachsende Mensch in allen möglichen Wissensgebieten unterrichtet: „vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage". Wieviel Zeit, Geld und Nerven könnten gespart werden, wenn der Erwachsene aus seiner Jugendzeit bestimmte Rechtsgrundbegriffe mit sich brächte! Da diese heute nicht der Fall ist, seien ein paar praktische Beispiele hervorgehoben.

Wiel zu wenige sind sich darüber klar, daß auch eine mündliche Abmachung ein Vertrag ist, der reslos gehalten werden muß und vollständig neben dem geschriebenen Vertrage steht. Da kann es nur zu leicht vorkommen, daß die juristische Floskel: „Wer recht hat, braucht darum noch lange nicht Recht zu bekommen" zur Wahrheit wird. Der Schuldige bekommt Recht und der Unschuldige Unrecht, weil er feig Recht nicht beweisen kann, und ebendies hat er noch sämtliche Kosten zu zahlen. So einer wird verbittert und glaubt an keine Gerechtigkeit mehr. Man mache sich also zur Regel, Verträge nur schriftlich abzuschließen und sie so klar, so kurz, sorgfältig und erschöpfend für alle nur erdenklichen Vorkommnisse aufzubauen, daß kein Ereignis eintreten kann, für das in diesem Vertrage kein bindendes Verhalten vorgegeben ist. Ueber das hinaus beschaffe man sich für jede Handlung, die irgendwie von Bedeutung ist, Zeugen, damit man nicht auf das Zeugnis und den vielfach vorhandenen guten Willen eines Gegners angewiesen ist. Doch auch hier ist Vorsicht geboten. Nicht jeder, der sagt, er wolle vor Gericht ausagen, tut das nachher auch. Da erlebt man oft die schmerzlichsten Enttäuschungen.

Bei der Aussage selbst sei man vorsichtig und füge, falls man sich aller Umstände nicht mehr ganz genau erinnern kann, seinen Worten hinzu: „Soweit ich mich erinnern kann", sonst fehlt man sich den fürchterlichen Folgen eines Meineides oder eines sahlräftigen Falscheides aus. Jeder Prozeß in der bürgerlichen Justiz ist ein Hofardspiel, und niemand kann sein Ende voraussehen, selbst wenn sich der Anfang gut anlagert hat. Hat das eine Gericht Recht gegeben, so kann das andere Gericht noch zehnmal Unrecht geben, und das Reichsgericht wiederum kann selbst dieses Urteil aufheben. In juristischen Kreisen ist ja die Redensart gang und gäbe, daß fünf Juristen über einen juristischen Fall fünf verschiedene Meinungen haben. Es ist schlimm, daß es so ist, aber es ist so. Und je eher man die Illusion einer absoluten Gerechtigkeit verliert, um so besser.

Die Taktik bei Führung eines Prozesses muß sich ganz nach der Sache, nach den vorhandenen Geldmitteln, nach der Lage des Gegners, ja leider sogar nach den politischen Verhältnissen richten. Selbst ein Hin- und Herbewegen eines Prozesses oder seine raschere Beendigung können bedeutungsvolle Folgen für sein Resultat haben. Zieht sich der Prozeß zu lang hin, so kann sich die ganze Sachlage verschieben, das Objekt kann entwertet werden (man denke an leicht verderbliche Nahrungsmittel als Objekt des Prozesses), man selber oder der Gegner kann sein Vermögen verlieren.

Nichts ist verhängnisvoller für die Führung eines Prozesses, als wenn man sagt: „Ich kümmere mich gar nicht um meinen Prozeß, das macht mein Anwalt." Dann kann es ihm passieren, daß er eines schönen Tages dassteht und den Prozeß verloren hat. Er darf sich, wie sonst im Leben, auch hier auf niemand wie auf sich selbst verlassen und muß ununterbrochen mitarbeiten.

Zum Schluß dieser Ausführungen, die nur wie eine Taschenlampe in die Nacht eines ungeheuren Gebietes hineinleuchten können, sei davor gewarnt, daß der Prozeßführende sich bei Verwandten oder Bekannten Rat holt, um dann bald von vorne, bald von hinten an dem Karren zu ziehen. Er schweige und handle und sage niemandem, selbst seinem Anwalt nie mehr, als er absolut sagen muß und sage kein Wort, keine Silbe, die nicht auch der Gegner lesen darf.

Er betreibe vor allem die Sache ernst und leidenschaftslos und bedenke bei der kleinsten Verzweigungsmöglichkeit, die sich bietet, die Wahrheit des Spruches: „Der magerste Vergleich ist immer noch besser als der fetteste Prozeß", soweit nicht besondere Voraussetzungen dies ausschließen. Wenn er das befolgt, werden beide Teile, Richter wie Parteien, hieraus größten Nutzen ziehen.

Aus den Zahlstellen.

Ströbel. Ueble Zustände herrschen hier bei der Fa. Schall betriebs der Feuerungsanlage. Laut Schlichtungsausschuß beläuft sich die Feuerungsanlage auf 429 Prozent, aber leider erhalten die Unverheirateten nur 419 Prozent, wogegen in Kalkhaus bei derselben Firma die 429 Prozent durchweg gezahlt werden. Wie kommen hier die Ströbeler ledigen Kollegen dazu, billiger zu arbeiten als in anderen Betrieben? Wir fordern die 429 Prozent, die uns genau so zustehen wie den anderen Kollegen bei Oeliner und in Kalkhaus, und weiter fordern wir die nachträgliche Auszahlung der uns abgezogenen 10 Prozent. Es wird die höchste Zeit, daß der Obmann des Betriebsrates die Sache ins Reine bringt.

Gauzberg. Am 24. Juli fand im Gewerkschaftshaus Baherwald die Quartalsversammlung statt. Kassierer Zillner gab den Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit; es wurde gründlich revidiert und dabei alles in musterhafter Ordnung gefunden. Die Kollegen sprachen dem unermüdeten und geschuldeten Kassierer Dank aus. Zum zweiten Punkt wurde Franz Gauseiner mit Stimmenmehrheit zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die Wahl ist unbedingt notwendig, weil Neudorfer zu stark in Anspruch genommen wird und dadurch oft verhindert ist, in dringenden Fällen zur Stelle zu sein. Zum Punkt Verschiedenes wurde von den Kollegen stark bekräftigt, daß der Beschluß der Gauzberger von den Zahlstellen nicht eingehalten wurde. Es geht auf die Dauer nicht, daß nur einige Zahlstellen die Kosten tragen, besonders Gauzberg, das überall vertreten ist. Die Zahlstelle hat am Ort ohnehin genug zu leisten in 13 Betrieben, fast jeden Tag woanders Differenzen, auch noch dazu von anderen Zahlstellen Anfragen um Auskünfte, wie dieses oder jenes steht, weil diese wußten, daß Gauzberger immer auf dem laufenden vom Gauzleiter aus ist. Zum Schluß gab

Wer will das Recht der Kollegen, die schon ein Vierteljahr mit den Beiträgen im Rückstand sind, bekannt, es wurde beschließen, diese zu streichen und im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen, wenn sie nicht recht bald ihre Pflicht erfüllen.

Leitung (Württemberg). In dem Grabsteingeschäft der Firma Bruder wurden die dort beschäftigten Steinmetzen durch Druck auf die Wagentage gezwungen, den achtstündigen mit dem neunstündigen Arbeitstag zu vertauschen. Leider finden sich immer wieder Steinmetzen, die einem solchen verwerflichen Druck keinen Widerstand leisten können und erst, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wurde, dann kommt die Angelegenheit der Arbeitszeit zur allgemeinen Kenntnis, ebenso alle möglichen anderen Beschwerden, und nun — muß der Vorstand eingreifen. Wir wissen wohl, daß es Kleinbetriebe gibt, wo das Arbeitsverhältnis oft mehr als idyllisch sich zeigt; wo in Abwesenheit des Geschäftsinhabers oder Meisters die bessere Hälfte den Ton an gibt, genau beobachtet, wann der letzte Schlag getan, und die mit Argusaugen darüber wacht, daß ja keiner vor dem Feierabend-Glockenschlag seine Schürze lockert usw. Kommt dann der Meister heim, wird alles brühwarm hinterbracht, dazu sonst noch eingeheizt, und der übliche Krawall im Betrieb ist da. Resultat: Feierabend, einige recht ungemütliche Stunden für den Lehrbuben, das schadenfrohe Gesicht der „Meisterin“ am Fenster, Briefe an den Zentralvorstand und Redaktion, Injerat, Sperre und entrüstete Briefe. Zuletzt bleibt alles am Redakteur hängen. So ist gewöhnlich der Gang der Dinge; so scheint es sich auch in Leitung abgewandelt zu haben. Wo bleibt das gewerkschaftliche Rückgrat? Der Achtstundentag ist immer einzubalten, kann durch keine Vereinbarung aus der Welt geschafft werden. Wo längere Arbeitszeit verlangt wird, ist es in fast allen Fällen eine Umgehung höherer angemessener Stundenlöhne. Denn am Wochenschluß zählt zur Beurteilung der Lohnhöhe beim Arbeitgeber immer die Lohnsumme, nicht die Zahl der Arbeitsstunden. Wer nun in Leitung beim Steinmetzmeister Bruder Arbeit sucht, halte den Achtstundentag hoch und erkundige sich vorher genau, wer im Betrieb die Führung hat, sonst entstehen immer wieder dieselben Differenzen. Heute haben die Steinmetzen die Auswahl, sie werden verlangt und können sich ausweichen, wo sie ihre Arbeitskraft verwerten wollen. In jedem Grabsteingeschäft brauchen sie es nicht.

Fürstened. Am 30. Juli fand in unserem Lokal in Kallened, eine Mitgliederversammlung statt, in der von 160 Mitgliedern 40 Kollegen erschienen waren. Kassierer Schreiner gab im ersten Punkt die Abrechnung vom vergangenen Quartal bekannt, sie wurde von den Revisoren als richtig erklärt und Entlastung erteilt. Kollege Kaiser gab hierauf die Ergebnisse der Tarifverhandlungen in Regensburg bekannt, die unter den Kollegen eine lebhafteste Ausprache hervorriefen, da die Unternehmer in keiner Weise entgegenkommen zeigten. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß bei nächster Versammlung jedes fehlende Mitglied ohne wichtige Entschuldigung mit 2 M. bestraft wird. Ein Antrag der Ortsverwaltung, alle Quartale 2 M. Lokalzuschlag pro Mitglied an die Lokalkasse zu zahlen, wurde angenommen. Mit der Ermahnung, daß jedes Mitglied zu der Festigung des Verbandes beitragen möchte, endete dann die Versammlung.

Leipzig. Am 12. Juli fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Einer Einnahme von 14 174.07 M. stand eine Ausgabe von 5467.53 M. gegenüber, monach ein Bestand von 8706.54 M. verblieb. Auf Antrag wurde der Kassierer entlastet. Am 24. d. M. fand nochmals eine Versammlung statt. Der Vorsitzende gab Bericht über die in Dresden stattgefundenen Lohnverhandlungen, in denen ab 1. August 7.30 M. pro Stunde, 630 Prozent auf den Accordtarif und ab 15. August 7.50 pro Stunde, 650 Prozent auf den Accordtarif beiderseitig angenommen wurde. Gleichzeitig wurde die Auslösung auf dem Friedhof von 1.50 M. auf 2.— M. pro Tag erhöht. In der darauffolgenden Diskussion wurden diese Angebote gegen 1 Stimme angenommen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, bei den Unternehmern für das Bearbeiten alter Sandstein- und Kunststeinfassaden am Bau 10 Prozent Zuschlag pro Stunde zu fordern.

Tittling. Auf Antrag der Kollegen fand am 31. Juli eine gutbesuchte Versammlung statt, um die gegenwärtige, am hiesigen Ort ungemein hohe Fleischsteuerung zu besprechen. Kollege Lorenz sprach ausführlich zu diesem Punkt und stellte den Antrag, den Verkauf des Fleisches selbst zu übernehmen, damit die hiesigen wenigen Metzger einmal sehen, wie es steht, wenn die Arbeiter auf sie nicht mehr angewiesen sind. Er betonte aber ganz ausdrücklich, hier einzig zu sein, sonst erreichen wir kein Resultat. In der darauffolgenden Diskussion brachte Kollege Farnhammer zum Ausdruck, daß in der Gemeinde bereits Schritte im Gange sind, die Gemeinde will eine Schlächtereier selbst einrichten, wir sollen hier unsere Anträge unterbreiten, dann ist unser Vorhaben leicht möglich. Diesen Worten wurde von den Kollegen allgemein zugestimmt. Unsere niedrigen Löhne reichen jetzt nicht mehr aus, nur die allergeringsten Lebensmittel herbeizuschaffen, es ist unbedingt notwendig, Mittel und Wege zu schaffen, damit auch den Tittlinger Kollegen ein sicheres Auskommen gewährleistet wird. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben von der Allgemeinen Land- und Ortskrankenkasse Passau zwecks Gründung einer freiwilligen Sanitätskolonne in Tittling. Da uns die Kasse finanziell unterstützen wird, wäre dies leicht möglich; bevor wir weitere Schritte unternehmen, ist noch eine Verhandlung darüber mit der Gemeinde notwendig. Es ist jetzt sehr erfreulich, daß unsere Kollegen jede Versammlung immer gut besuchen. Das ist ein Zeichen der Einigkeit, und daß sich unsere Zahlstellen allmählich emporschwingt. Mögen die Kollegen immer die Solidarität hochhalten, dann ist es uns möglich, den hiesigen Reaktionsären Traub zu bieten!

Kirchberg. Am 24. Juli Versammlung im Gasthaus Livil. Tagesordnung: Lohnverhandlung in Widdau; Kassenbericht vom 2. Quartal; Kartellbericht; Verschiedenes. Der Bezirksleiter Kollege Zippel (Aue) gab eingehend Bericht. Der Kassenbericht vom 2. Quartal ergab eine Einnahme von 9213.16 M., eine Ausgabe von 5211.— M., Kassenbestand 4002.16 M. Dem Kassierer wurde auf Antrag Entlastung erteilt. Am 14. August soll ein Gewerkschaftsfest stattfinden. Zum Punkt Verschiedenes ergab sich nichts Wesentliches. Der Vorsitzende rigte am Schluß die säumigen Kollegen, die selten eine Versammlung besuchen.

Faderborn. Unsere Mitgliederversammlung, die am 31. Juli in Schlangentage, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Grabsteingeschäft von Franz Kolf. Dieser Betrieb erinnert so wirklich an die vorintitulirte Zeit, damals war es noch zu vergleichen, wenn die Kollegen Sonnabend abends bis 9 Uhr und länger auf ihr sauerverdiertes Geld warten mußten, daß es aber im „neuen“ Deutschland vorkommt, ist unvorstelllich. Herr Kolf geht noch weiter, er zieht das Krankengeld ab, was ja auch kein gutes Recht ist; nun sollte man aber auch meinen, er würde auch die abgezogenen Beiträge an die Krankenkasse abliefern, aber weit gefehlt. Nöthigt ein Kollege einen Krankenschein, so wird ihm vom Kassieranten erklärt, ich kann Ihnen keinen Schein ausstellen, „Ihr Meister bezahl ja keine Beiträge“, und der Gerichtsvollzieher kommt jedesmal zurück mit dem Bemerkten: „Unpflanzbar!“ Mit dem Steuerabzug sieht es ähnlich aus. Als nun die Kollegen in Erfahrung gebracht hatten, daß ihre Steuerkarten nicht in Ordnung seien, wurden sie bei Kolf vorstellig und verlangten Vorzeigung ihrer Karten, und als Kolf dies verweigerte, drohten die beiden Kollegen mit dem Staatsanwalt. Das war natürlich Herrn Kolf zuviel gesagt, und er hat ihnen sofort den Platz verboten, trotzdem die beiden Kollegen vierzehntägige Rindigung hatten. Die Kollegen verklagten Kolf vor dem Gewerbegericht wegen Nichteinhaltung der Rindigungsfrist, und das Gewerbegericht verurteilte Kolf zu den Versäumnisstrafen (96 M. und 224 M.), da ries Kolf im Sitzungssaal: „Verurteilen könnt Ihr mich, Geld bekommt Ihr ja doch nicht, und wenn zehn Gerichtsvollzieher kommen.“ Die Kollegen haben bis heute noch kein Geld und auch noch keine Steuerkarte, dem einen Kollegen hat er 3. B. 1300 M. Steuern abgezogen und noch keine einjährige Marke geliebt! Die Steuerfrage haben wir dem

Finanzamt übergeben. Daraufhin wurde der Platz gesperrt. Trotzdem arbeitet der Steinhewer S. Bed weiter, denunziert seine Kollegen und macht Kolf aufmerksam, daß die beiden Kollegen das Fahrrad pfänden lassen wollen, und als der Gerichtsvollzieher zur Pfändung scheitern wollte, war das Rad verschwunden. Der Steinhewer Heinrich Bed hat sich seinen Kollegen gegenüber schändlich benommen, als es ein Unorganisirter hätte tun können. Bed wurde zu unserer Versammlung eingeladen, er hat es aber vorgezogen, fernzubleiben. Es wurde dann der einstimmige Beschluß gefaßt, den Steinhewer Bed aus dem Verband auszuschließen! Der Vorsitzende Kollege Strapp wurde beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten und im Laufe dieser Woche den Arbeitgebern zu übermitteln. Die Versammlung sprach dem Kollegen Strapp das vollste Vertrauen aus und wünscht, daß er in diesem Sinne wie bisher weiterarbeitet im Interesse aller hiesigen Kollegen.

Metten. In unserer gutbesuchten Versammlung am 3. August wurde hauptsächlich über unsere Lohnverhältnisse und über den schleppenden Gang der Tarifverhandlungen gesprochen. Die Kollegen sind sehr empört, daß wir in unserer überaus gedrückten Lage mit den Löhnen gegenüber anderen Berufsgruppen auch nicht annähernd nachkommen, wozu auch noch gegenwärtig die wichtigsten Lebensmittel ungeheure Preise erreichen. Was hilft uns die ganze Zukunftsmusik in manchem Artikel des „Steinarbeiter“, wenn die jetzige Generation der Steinarbeiterschaft elend verkümmern muß. Es muß endlich alles darangelegt werden, wenn nicht der Steinarbeiterberuf mit dem Steinhauer zugrundegehen soll. Wenn man einerseits den Wohlstand der Unternehmer betrachtet, andererseits die schlechte Zahlung und die traurige Lebensweise der Kollegen, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Kollegen auf höchste Empörung sind. Ein großer Teil der Kollegen suchte in anderen Berufen Arbeit oder sie gingen nach auswärts. Trotz dieser erbärmlichen Lage gibt es immer noch Kollegen, die fürchten, sie könnten bei ihrem Unternehmer in Ungnade fallen. Einzelne Kollegen sollten mehr von dem Bewußtsein erfüllt sein, daß der Unternehmer nicht um unser Interesse willen uns Arbeit gibt, sondern einzig und allein, weil er durch unserer Hände Arbeit ein angenehmes Dasein führen kann. Kollegen, für uns gibt es nur eine Lösung: entweder Löhne, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können, oder kein Stein mehr in Metten. Den Unternehmern aber sei nahegelegt: ihre alleinige Schuld ist es, wenn allmählich noch alle die Betriebe verlassen. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen und dem Zentralvorstand übermittlelt.

Bremen. Am Mittwoch, dem 27. Juli, fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom April bis Juni 1921. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, die Entlastung blieb nicht aus. Im zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Starke einen Vortrag über die kommende Brotpreiserhöhung. Ausgehend von den Ursachen solcher Erhöhungen, schilderte er die agrarischen Vorstöße, um solche Erhöhungen durchzuführen. Sie jammern, daß die Löhne in der Landwirtschaft zu hoch sind, um mit dem bestehenden Preise auskommen zu können. Bei der Regierung finden sie auch ein williges Ohr. Der Reichstag setzte die Zwangsablieferung von Getreide von 4½ auf 2½ Millionen Tonnen herab. Auf den Kopf der Bevölkerung wird es nach dem 15. August auf Marken nur noch 2¼ Pfund Brot geben, dieses wird eine Steigerung von 40 bis 50 Prozent erfahren. Das markenfreie Brot wird das Doppelte oder sogar das 2½ fache betragen. Kollege Starke führte folgendes Beispiel an: Eine Familie mit 5 Personen braucht in einer Woche 7 Brote zu 4 Pfund. Das Brot kostet jetzt 5 Mark. Nach dem 15. August gibt es auf die fünfköpfige Familie 2 Brote auf Marken a 7 Mark gleich 14 Mark und 5 Brote im freien Handel a 12 Mark gleich 60 Mark. Es würde also für eine Familie von 5 Köpfen eine Mehrbelastung an Brot allein von 39 Mark pro Woche betragen. Neben dieser Mehrbelastung werden alle anderen Verbrauchsartikel steigen. Er ist der Meinung, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Erhöhungen nicht nur wegzumachen, sondern darüber hinaus den Kampf um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Möglichkeit einer geschlossenen Kampffront muß vorhanden sein, dahin müßte jeder ehrlich überzeugte Arbeiter drängen. Wollen wir etwas erreichen, so hat jeder sozialistische denkende Arbeiter die Pflicht, alles zu tun, um eine geschlossene Kampffront herbeizuführen. Das sozialistische Ziel im Auge und es geht. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß sofort mit den Unternehmern in Lohnverhandlungen einzutreten ist, damit nicht erst nach einer längeren Teuerungzeit uns ein erhöhter Lohn bewilligt wird. Jetzt ziehen die Preise schon stark an. Bremen ist als teuerste Stadt in Deutschland bekannt. Am Schluß wurde die Vorstandsmitglieder alle Kollegen, sich an der am 31. Juli stattfindenden Friedenskundgebung zu beteiligen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Der am 9. Juli 1921 erneut abgeschlossene N.V. für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie liegt im Druck vor und kann zum Preis von 25 Pf. pro Exemplar bezogen werden. Um unnötige Fortausgaben zu sparen, wollen die Zahlstellen ihren Bedarf geschlossen bestellen.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 9. August die Abrechnung des 2. Quartals 1921 noch nicht eingeleitet: 1. Gau: Straßburg. 2. Gau: Waldenburg, Wistegiersdorf. 4. Gau: Eischershausen, Mündschagen, Wellerode. 5. Gau: Baumholder, Niederbreisig. 6. Gau: Maulbronn, Pforzheim, Weiterdingen. 7. Gau: Neubab. 8. Gau: Friedenhausen, Großheubach, Lichtensels, Lengfurt, Unternesselbach, Wölferbütt, Zappendorf.

Auch fehlen noch aus mehreren Zahlstellen die Aufnahmelisten, die mit der Quartalsabrechnung versandt wurden. Die Zahlstellen-Kassierer werden daran erinnert. Die Listen müssen mit den Mitgliedsnummern der neuen Mitgliedsbücher versehen sein.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Hannover. Für Paul Bierwigs Gedenkstein sind bisher gestiftet: Brackwede 30 M., Carlshofen 50 M., Osterode 50 M., Eischershausen 100 M., Hasserode 100 M., Summa 330 Mark. Kassierer Otto Brunotte, Schloßwengergarten 131.

Reinheim. Die Zahlstelle warnt vor Aufnahme des Steinmetzen Lorenz Bücke aus Eimsbüschen (Odenwald). Durch seine Gewaltthatigkeit mußte er hier verschwinden. Nähere Auskunft erteilt Hans Sigl, Vorsitzender.

Bennigsen. Der Kollege Bernhard Krug aus Hannover ist von hier abgereist und hat wahrscheinlich aus Versehen das Betriebsratsgesetzbuch mitgenommen. Eigentum der Zahlstelle! Briefliche Aufforderung hat bisher nichts geholfen, vielleicht zieht es auf diesem Wege. Die Arbeitskollegen des Krug können dazu mit beitragen. Josef Leichtenhag, Vors.

Adressenänderungen.

Obmann der Revisoren und der Preiskommission: Thomas G a u g, Leipzig, Cichoriusstraße 19 II.

4. Gau.
Rühle a. d. Weser (Kr. Holzminnen). Vors.: Heinrich B o r - h e r t, Nr. 92.

5. Gau.
Billmar. Kass.: Willi L ö w, Grabenstr. 61.

7. Gau.
Painten b. Kellheim (Mietzba). Vors.: Ludwig P h a l e r, Nr. 75; Kass.: Josef S e k, Nr. 19.

Reidenberg. Vors. u. Kass.: Joh. F o r s t, Nr. 71.

Briefpapen.
Schriftführer und Artikelredakteur! Beachtet bitte bei Einfernungen für den „Steinarbeiter“:
1. Beschreibe niemals beide Seiten.
2. Schreibe nicht mit Bleistift.
3. Kürze keine Worte, sondern schreibe jedes Wort vollständig aus.
4. Korrigiere keine Worte, sondern streiche Falsches aus und setze das Richtige daneben oder darüber.
5. Nimm nicht zu große Wogen.
6. Schreibe die Zeilen nicht zu eng.
7. Schreibe niemals „gestern“ oder „heute“, sondern dafür stets das Datum.
8. Personennamen immer recht deutlich.
Der Redakteur hat keine Schreibhilfe und keine Zeit, die Einfernungen nochmals abzuschreiben.
Er. Ausschlüsse werden laut Statut nur vom Vorstandsvollzug. Antrag und Begründung ist auch an diesen zu richten. Bekanntmachung erfolgt dann von selbst.
Montag mittig jeder Woche ist Blattschluß. Mitteilungen, die erst Dienstag früh der Schriftleitung vorliegen, können beim besten Willen in der laufenden Nummer keine Aufnahme mehr finden. Daran ändern auch besonders „liebenswürdige“ Briefe nichts. „Was nicht geht, dat geht nicht.“

Versammlungs-Anzeige.
Rein Mitglied soll fehlen.
Karlsruhe (Baden). Am Sonnabend, dem 18. August, abends 8 Uhr, im Scheffelhof, Rudolfstraße.

Anzeigen
Berlin.
Montag, den 15. August, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.
Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Obleute.
Jeder Platz und jede Werkstelle muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Entwürfe, Bildhauerarbeiten n. gegeb. Skizz., Alphabete, Grabmal- u. Kriegerchriften z. Durchführ. a. Stein od. Holz zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen). Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode! Aufklärungsendung 10 M. Alphab. 10 M. 1 Stk. Verzierung. 10 M.

Beschläge für Schreibzeuge
wie Kartenständer, Brieföffnerklappen, Petschaftfüße usw.
liefert
F. W. Wagner, Altona (Elbe), Gr. Bergstraße 31.

Einige tüchtige **Hand- und Maschinenschleifer** nach Luxemburg sofort gesucht.
Nähere Angaben durch **Paul Sommer, Löbau (Sa.)**
NB. Empfehle mich auch zur Lieferung von Steinmetzwerkzeugen, Stahl, Schleif-, Poliermaterialien usw.

Granitsteinhauer für schleifendste Arbeit, Stundenlohn 6.— bis 8.50 M., Granitschleifer, Stundenlohn 5.— bis 5.50 M., dauernde Arbeit, gesucht **Granit u. Diabaswerke, Paul Burger, Ing., Baumholder bei Oberstein-Rhain, Rheinstr.**

2 Pflastermacher nur für 1. Sorte stellt für dauernd sofort ein
Betriebsleiter **Georg Reich, Radibor i. E.**

Tüchtige Steinmetzen
auf Muschelkalk und Sandstein gesucht
Muschelkalk- u. Sandsteinwerke, G. m. b. H., Langelsheim a. Harz

Suche für sofort auf Dauerarbeit 2 Gehilfen der Grabsteinbranche. Lohn 5.50—6 M. Schriftbauer bevorzugt.
Material: Bayrischer Sandstein.
Werkstätte für Friedhofskunst, Inh.: Hugo Köhler, Falkenberg (Bez. Halle).

Wir suchen zum sofortigen Antritt **vier tüchtige Steinbrecher**, die möglichst schon in Grünstein gearbeitet haben. Unterkunft und Verpflegung im Werk.
Steinwerk Koschenberg b. Seutenberg (Lausitz).

Einen Schmied für Granit-Steinbruch stellt sofort ein
K. Stahlberg, Steinindustrie, Hirschberg i. Schl.

Zum baldigen Eintritt **Fabriksschmied** gesucht, der möglichst ein tüchtiger gesucht auch auf die Herrichtung von Steinmetzwerkzeug geübt ist.
Granit-Werke Künzel & Siedler, G. m. b. H., Schwarzenbach a. Saale.

Mehrere Sandstein-Steinmetzen
suchen für dauernde Arbeit in Denkmal- und Bau-Arbeiten
Künzel & Hiller, Bruchbetrieb, Neudorf am Größberg.

Bruchmeister
für größeres Granitwerk gesucht. Derselbe muß befähigt sein, die Werkstein- und Pflastersteinfabrikation zu leiten. Wohnung im Werk vorhanden. Offerten mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen erbittet
Granitwerke Hermann Weishorn, Aue i. Erzgeb.

Tüchtiger Steinmetz zu sofort für dauernd b. gutem Lohn gesucht
Aug. Pralle, Grabsteingeschäft, Woltenbüttel, Braunschweig, Stöckheimer Straße 38

Pflastersteinmacher
Ausschläger und Bossierer für dauernde Arbeit nach neuem Tarif gesucht.
Granitwerke Hermann Weishorn, Aue i. Erzgeb.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzeln zu werden.)
In **Rammelsbach** am 18. Juni der Pflastersteinmacher **Andreas Stuhlmüller**, 73 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 21. Juni der Hilfsarbeiter **Eugen Naghau**, 34 Jahre alt, Typhus.
In **Reistenhausen** am 23. Juli der Sandsteinmetz **Felix Rüb**, 43 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Fürsteneben** am 27. Juli der Pflastersteinmacher **Johann Wienerer**, 33 Jahre alt, Magenleiden.
In **Großlattengrün** am 1. August der Hilfsarbeiter **Freib Huber**, 18 Jahre alt, Betriebsunfall.
In **Steinach** am 3. August der Größtmacher **G. L. Hausdörfer**, 32 Jahre alt, Lungentuberkulose.